

Das Schicksal der deutschböhmisches Offiziere.

Die Staatskommission für Kriegsgefangene.

Im Kabinettsrate gelangten heute nachmittags die im Artikel der „Reichspost“ vom 19. d. erörterten Zwangsmaßregeln zur Besprechung, welche die tschecho-slovakische Armee den deutschböhmisches Offizieren und Unteroffizieren androht. Der Kabinettsrat beschloß, wie verlautbart wird, von den Entente-mächten und der Friedenskonferenz energisch zu verlangen, daß die Nationalstaaten ihre Versorgungspflicht gegenüber den Angehörigen der ehemaligen Wehrmacht gleichmäßig erfüllen.

Der Kabinettsrat befaßte sich weiters mit der Einrichtung einer Staatskommission für Kriegsgefangenenangelegenheiten, bei der die Organisation der Angehörigen zur Mitarbeit und Mitbestimmung herangezogen werden können. Der mit der Führung dieser Angelegenheiten vom früheren Staatsrate betraute Abgeordnete Prof. Dr. Schöpfer wird, wie uns aus Innsbruck gemeldet wird, von dort mit Unterstaatssekretär v. Pflügl nach Bern weiterreisen, wo sie in Angelegenheit unserer Kriegsgefangenen, insbesondere bezüglich deren Rücktransport Verhandlungen pflegen werden.

Die Übernahme der Kultusagenden durch Unterstaatssekretär Atlas.

Der mit den Agenden des Kultus betraute Beamtenführer wurde heute durch Ministerialrat Baron Loebenstein dem Staatskanzler sowie dem Unterstaatssekretär Atlas vorgestellt. Letzterer knüpfte an die Begrüßungsworte des Staatskanzlers folgende Ausführungen: Ich danke, meine Herren, für die Begrüßung und gebe meiner Freude Ausdruck, zur Leitung des Kultusressorts berufen zu sein. Dieses Ressort mag ja vielleicht an Umfang der Agenden hinter anderen zurückbleiben, an Bedeutung und Wichtigkeit derselben steht es ihnen gewiß nicht nach, betrifft es doch Angelegenheiten, die in das Leben unseres Volkes tief einschneiden und unter Umst. den das Gewissen von Millionen von Menschen tief berühren. Daraus ergibt sich die Forderung, daß wir bestrebt sein müssen, mit strengster Unparteilichkeit, mit Objektivität und Gerechtigkeit an die Entscheidung in so heißen Fragen heranzutreten. Soweit es an mir liegt, werde ich strengste Gerechtigkeit und Unparteilichkeit in meiner Amtsführung walten lassen, ja, vielleicht darf ich sagen, noch mehr: Ich werde aufrichtig bestrebt sein, mich von Wohlwollen und edler Menschenliebe, die auf dem Boden des Gottesglaubens erblüht, in meiner Amtsführung leiten zu lassen. Gleiche Unparteilichkeit und Gerechtigkeitsliebe erwarte ich auch von Ihnen, meine Herren. Wir alle wollen ja unserem Volke das höchste Gut, die Religion, erhalten. Zwar kann nicht unser Amt als solches Religion im Volke schaffen, das ist Sache der Konfessionen; aber unsere Aufgabe ist es, auf Grund der Staatsgesetze die Rechte der Konfessionen zu wahren, die Freiheit der religiösen Betätigung und des Kultus zu sichern und die äußeren Voraussetzungen mitschaffen zu helfen, damit eine gedeihliche Wirksamkeit der Religion und ihrer Diener im Leben draußen möglich erscheint. Denn in keinem Punkte ist unser Volk empfindlicher, als gerade in dem, wo es sich um Gewissen, Religion und ihre Diener handelt. Wenn ich vor Ihnen freimütig bekenne, daß ich selbst bestrebt bin, ein treuer Sohn der katholischen Kirche zu sein, so werde ich doch gerade darum gegenüber allen anderen Konfessionen strengste Gerechtigkeit walten lassen. Was ich anstrebe, das ist, den Frieden unter den Konfessionen zu erhalten. In diesem Sinne will ich meine neue Aufgabe übernehmen und führen, und bitte ich Sie um Ihre fleißige Mitarbeit und unermüdlige Unterstützung, die ich nicht bloß erwarten darf, sondern mit Recht im Namen unseres deutschösterreichischen Volkes von Ihnen begehren kann. Seien Sie überzeugt, daß mir aber auch daran gelegen sein wird, Ihre persönlichen Interessen als Beamte nach Möglichkeit warmfühlenden Herzens jederzeit zu fördern und zu vertreten. Möge unsere gemeinsame Arbeit mit Gottes Segen zum Wohle des deutschösterreichischen Volkes gereichen!

Das Programm des neuen Staatssekretärs für Finanzen.

Bei dem Empfange der Beamtenschaft seines Staatsamtes entwickelte heute der neue Staatssekretär für Finanzen Dr. Schumpeter sein Programm:

Er anerkannte zunächst, daß die österreichische Finanzverwaltung um die Jahrhundertwende unter den schwierigsten Situationen Oesterreich volkswirtschaftlich neu geschaffen habe und stellte es den Beamten als erste Pflicht vor, dem Volke vor allem die Wahrheit zu sagen, gründlich, ohne schön zu färben. Dabei braucht uns, sagte er, kein besonderer Pessimismus zu leiten. Unsere Lage ist sehr ernst. Aber aus den so bedenklich aussehenden Budgetziffern kann uns nach und nach eine Hoffnung erblühen, wenn wir unsere politischen Maßregeln mit einer planvollen Industriepolitik verbinden. Der Staatssekretär legte dann die Notwendigkeit dar, die Verpflichtungen des Staates in der Kriegsanleihe nicht nur gegenüber den Bürgern des Staates, sondern auch gegenüber den Gläubigern im Auslande aufrecht zu erhalten, gegenüber Deutschland, Holland und der Schweiz, weil wir unsere Wirtschaft nicht aufbauen können ohne fremdes Kapital. Deshalb muß ein jeder wissen, daß es ein gutes Geschäft ist, Deutschösterreich zu vertrauen. Es ist selbstverständlich, daß die auf uns entfallende Quote der Kriegsanleihe infolge der großen Anteilnahme der deutschösterreichischen Bevölkerung an der Zeichnung eine relativ große ist. Die Kriegsanleihe muß weg, muß bald weg, muß energisch weg, aber das geht auch ohne jede Brutalität, ohne daß irgendeine Existenz vernichtet wird. Im Punkte der Valuta komme es nicht auf die Hebung des Geldwertes bis zur alten Parität an, sondern nur auf tunlichste Konstanz dieses Geldwertes, vor allem darauf, daß er nicht weiter sinke. Bezüglich der autonomen Finanzen er-

778